

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:330646-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Offenburg: Dienstleistungen im Umweltschutz
2017/S 160-330646**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Regierungspräsidium Freiburg – Dienstsitz Offenburg
Wilhelmstraße 24
Offenburg
77654
Deutschland
Kontaktstelle(n): Alexandra Kiefer
Telefon: +49 78112471-1733
E-Mail: Alexandra.Kiefer@rpf.bwl.de
Fax: +49 78112471-1700
NUTS-Code: DE134

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.rp-freiburg.de>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.vof.istw.de>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

ISTW Planungsgesellschaft mbH
Franckstraße 4
Ludwigsburg
71636
Deutschland
Telefon: +49 714124236-18
E-Mail: seitz@istw.de
Fax: +49 714124236-99
NUTS-Code: DE115

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.vof.istw.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Regierungspräsidium Freiburg – Dienstsitz Offenburg
Wilhelmstraße 24
Offenburg
77654

Deutschland
Kontaktstelle(n): Alexandra Kiefer
Telefon: +49 78112471-1733
E-Mail: Alexandra.Kiefer@rpf.bwl.de
Fax: +49 78112471-1700
NUTS-Code: DE134
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.rp-freiburg.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Umwelt

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Hochwasser-Rückhalteraum Freistett – Umweltplanung.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
90700000

II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Der Rückhalteraum liegt im Ortenaukreis. Betroffen sind die Ortsteile Auenheim und Leutesheim der Stadt Kehl, sowie Honau, Diersheim, Freistett und Helmlingen der Stadt Rheinau. Die vor 1974 bei Hochwasser überströmten Bereiche werden heute überwiegend forstwirtschaftlich und für die Kiesgewinnung, genutzt. Es soll auf einer Fläche von min. 410 ha (mittlere Lösung) bis max. 630 ha (große Lösung) ein Rückhaltevolumen von min. 9 000 000 m³ entstehen.
Der Untersuchungsraum der UVS hat eine Gesamtgröße von ca. 2 250 ha. Planungsrechtlich sind Teile des RHR als Schutzgebiete ausgewiesen.
Für den RHR Freistett liegen Voruntersuchungen aus dem Jahr 1993 vor.
Das Vergabeverfahren umfasst die erforderlichen landschaftsplanerischen Leistungen für die Planfeststellung. Diese Leistungen sind in enger Abstimmung mit der Objektplanung zu erbringen.
Die Ergebnisse der gesondert untersuchten Bestandesfeinkartierung und Forstrisikoanalyse sind soweit nach UVPG relevant im Rahmen der UVS zu berücksichtigen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71313000
71313400
71313440
90712000

90713000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE134

Hauptort der Ausführung:

Rheinau, Kehl.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Alle für das Vorhaben erforderlichen Leistungen sollen an einen Gesamtplaner vergeben werden. Die Leistungen gliedern sich in zwei Stufen:

Stufe I (Grundauftrag mit Teilleistungen, Bearbeitung 1,5 Jahre): Erarbeitung von Grundlagen für 2 Lösungen, Erstellung der Umweltverträglichkeitsstudie mit den zugehörigen Erhebungen und Fachgutachten (Relevanzprüfungen).

Stufe II (Bearbeitungszeit 1 Jahr): Landschaftspflegerischer Begleitplan für die vom Vorhabenträger ausgewählte Lösung, einschließlich der erforderlichen Fortschreibungen der Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung und Artenschutzprüfung (evtl. Ausnahmeprüfungen).

Im Einzelnen:

Umweltverträglichkeitsstudie (UVS):

Im Rahmen der Stufe I ist die UVS nach UVPG für die ausgewählte Lösung zu erstellen. Die zu untersuchenden Lösungen werden durch die Flächenbetroffenheit definiert.

Die Leistung soll auf der Grundlage des Leistungsbildes der Grundleistungen, nach HOAI 2013 beauftragt werden. Der erforderliche Umfang ist im Rahmen des Umweltscopings in den ersten ca. 3 Monaten nach Projektbeginn zu ermitteln und abzustimmen. Die Ergebnisse vorhandener bzw. der begleitend erarbeiteten Fachbeiträge sind in die UVS zu integrieren.

Ökologische Erhebungen:

In Stufe I sind bis Ende des Jahres 2018 alle ökologische Bestandserhebungen der Flora und Fauna im Untersuchungsraum durchzuführen und zu bewerten:

a) Flora:

Erfassung der Biotoptypen und der vorkommenden FFH-Lebensraumtypen

b) Fauna:

Bei den ökologischen Erhebungen sind die im Gebiet relevanten Tiergruppen zu untersuchen. Es ist von folgenden Artengruppen auszugehen:

Fledermäuse, Fische, Amphibien, Libellen, Reptilien, Holz-, Wasser- und Laufkäfer, Schmetterlinge, Vögel, Heuschrecken, Schnecken (Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie), Kleinsäuger (Biber, Haselmaus), Wildbienen, Makrozoobenthos sowie alle ggf. im Gebiet vorkommenden Arten der Anhänge II und IV der FFH-RL, der SPA-RL und der BArtSch-Verordnung. Die Wildkatze wurde im Zuge eines Monitoring bereits nachgewiesen, die Ergebnisse sind zu berücksichtigen.

Der Untersuchungsumfang ist nach Auftragsbeginn fachlich verantwortlich zu überprüfen, sowie im Rahmen des Scopings ggf. anzupassen und mit dem AG abschließend abzustimmen.

Der vom AG vorgeschlagene Untersuchungsraum umfasst den möglichen Rückhalteraum sowie das angrenzende Umland (große Lösung, ca. 2.250 ha).

Der Erhebungszeitraum umfasst eine Vegetationsperiode beginnend nach Auftragserteilung, sodass Ende 2018 eine vollständige Kartierung vorliegt.

Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG:

In Stufe I ist ein Fachbeitrag für das betroffene Natura 2000-Gebiet zur Verträglichkeit der Planungsvariante des Vorhabens mit den jeweiligen Erhaltungszielen zu erstellen:

— FFH-Gebiet „Westliches Hanauer Land“(Nr. 7313341, 1.377,340 ha)

— SPA-Gebiet „Rheinniederung Kehl – Helmlingen“(Nr.7313401, 2.133,795 ha)

In Stufe II erfolgt die Fortschreibung der Verträglichkeitsprüfung.

Artenschutzprüfung (saP) nach § 44 BNatSchG:

In Stufe I ist die Erstellung einer saP zur Verträglichkeit der Planungsvarianten des Vorhabens mit den Anforderungen des speziellen Artenschutzes nach § 44 BNatSchG zu untersuchen. In Stufe II erfolgt die Fortschreibung der saP.

Schutzgebietsrechtliche Beurteilung:

In Stufe I sind die fachlichen Grundlagen für die schutzgebietsrechtlichen Entscheidungen zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind in die UVS zu integrieren.

Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP):

In Stufe II ist der LBP für die ausgewählte Lösung zu erstellen.

Koordination:

Die Leistungen der Umweltplanung sind in Koordinierungsgesprächen mit dem AG und allen fachlich Beteiligten abzustimmen. Es wird erwartet, dass diese Koordination durch den Projektleiter bzw. stellvertretenden Projektleiter wahrgenommen wird.

Die Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsbeteiligung wird als Besondere Leistung nach tatsächlichem Aufwand beauftragt.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bewertung des Projektteams der Stufe I (UVS mit den erforderlichen Fachbeiträgen) hinsichtlich einer optimalen Leistungserfüllung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Bewertung des Projektteams Stufe II (LBP mit Fortschreibung der erforderlichen Fachbeiträgen) hinsichtlich einer optimalen Leistungserfüllung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Bewertung des Projektteams zu Organisation, Kapazitäten und Verfügbarkeit hinsichtlich einer optimalen Leistungserfüllung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 15/01/2018

Ende: 31/08/2020

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 8

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Kriterium 1: Einhaltung der formellen Anforderungen

Kriterium 2: Einhaltung der Mindestanforderungen (siehe III.1 ff.)

Kriterium 3: Fachliche Eignung über die Nennung von vergleichbaren Projekten in folgenden Bereichen:

— Umweltverträglichkeitsstudie – Umfang mit 16 %,

— Umweltverträglichkeitsstudie – Aktualität mit 11 %,

— Landschaftspflegerischer Begleitplan – Umfang mit 16 %,

— Landschaftspflegerischer Begleitplan – Aktualität mit 11 %,

— Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung – Umfang mit 8 %,

- Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung – Aktualität mit 9 %,
- Fachbeitrag Artenschutz (saP) – Umfang mit 8 %,
- Fachbeitrag Artenschutz (saP) – Aktualität mit 9 %,
- Artenerhebungen mit 12 %.

Die detaillierte Beschreibung und Wertung kann dem Antragsmuster sowie dem Prüf- und Bewertungsbogen entnommen werden, die auf der Internetseite der Ausschreibung zur Verfügung stehen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Für zusätzliche Informationen siehe: <http://www.vof.istw.de>

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2017) über die Rechtsform und die Unterschriftsberechtigung des Antragstellers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o. ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung).

Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Antragsteller zu tätigen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die nachfolgend geforderten Erklärungen der Buchstaben B bis G sind in dem zur Verfügung stehenden Antragsmuster enthalten.

A) Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2017) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 1 500 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 1 500 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Antragstellers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

B) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, in welcher der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft ist nicht zugelassen. Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung vorzulegen.

- C) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt. Für solche Erklärungen wird ein entsprechendes Formular zur Verfügung gestellt. Spätestens vor Auftragserteilung ist durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen.
- D) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber über die dritten Unternehmen die auf Seiten des Antragstellers an der Ausführung beteiligt sein werden (Eignungsleihe). Für solche Erklärungen wird ein entsprechendes Formular zur Verfügung gestellt. Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen und im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Eignungsleihe mithaften.
- E) Der Teilnahmeantrag muss eine Verpflichtungserklärung enthalten, für öffentliche Aufträge, welche vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden.
- F) Erklärung über den Jahresumsatz (brutto) des Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre.
- G) Erklärung über die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre.
- Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
- Zu A) Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 1 500 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 1 500 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden.
- Zu B) Vollständige und unterzeichnete Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft.
- Zu C) Erklärung Unterauftragnehmer.
- Zu D) Erklärung Eignungsleihe.
- Zu E) Verpflichtungserklärung.
- Zu F) Gefordert sind im Durchschnitt mindestens 566 000 EUR.
- Zu G) Gefordert sind im Durchschnitt mindestens 4 Beschäftigte.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis der fachlichen Eignung über die Angabe von durchgeführten Projekten und entsprechenden Fachkräften gemäß den nachfolgend genannten Mindestkriterien.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

A) Nachweis der fachlichen Eignung durch vergleichbare Projekten die in den letzten 5 Jahre abgeschlossen wurden:

A1) Eine Umweltverträglichkeitsstudie deren Untersuchungsraum sich überwiegend innerhalb der Aue befand, mit einer Größe von über 100 ha.

A2) Ein landschaftspflegerischer Begleitplan (im Sinne § 15-17 BNatSchG) dessen Flächengröße (Vorhabensflächen mit direktem Eingriff + Flächen für den Ausgleich) min. 50 ha beträgt.

A3) Eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung (im Sinne § 34 BNatSchG), deren Mindestuntersuchungsraum 50 ha beträgt.

A4) Ein Fachbeitrag Artenschutz (saP) (im Sinne § 44 BNatSchG) dessen Mindestanzahl 3 unterschiedliche Artengruppen betrug.

B) Nachweis der Mindestanzahl von Fachkräften mit jeweils mindestens 5-jähriger Berufserfahrung im Leistungsbereich der Ausschreibung:

B1) 2 Fachkräfte im Bereich Erstellung einer UVS;

B2) 2 Fachkräfte im Bereich Erstellung eines LBP's;

B3) 2 Fachkräfte im Bereich Erstellung einer saP;

- B4) 2 Fachkräfte im Bereich Erstellung einer Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung;
B5) 1 Fachkraft im Bereich Koordination der Artenuntersuchungen;
B6) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Vögel (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B7) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Libellen (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B8) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Kleinsäuger (mindestens zwei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B9) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Fledermäuse (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B10) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Heuschrecken (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B11) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Fische (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B12) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Amphibien (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B13) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Reptilien (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B14) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Holz-, Wasser- und Laufkäfer (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B15) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Schmetterlinge (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B16) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Schnecken (mindestens zwei Projekte in den letzten 5 Jahren);
B17) 1 Fachkraft im Bereich Artenuntersuchung Makrozoobenthos (mindestens drei Projekte in den letzten 5 Jahren).
C) Nachweis mindestens 1 Fachkraft mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung für den Bereich als Führungskraft für die Leitung.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Sprache im Projekt ist Deutsch.

Es gelten:

- A) Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen – AVB (Boorberg Verlag 03/2016);
B) Zusätzliche Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen – ZVB -(Boorberg Verlag 03/2016);
C) Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tarifreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) – BVB Mindestentgelt --(Boorberg Verlag 03/2016).

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Die Leistungen der Stufe I werden direkt beauftragt. Ferner ist beabsichtigt die Leistungen der Stufe II ebenfalls zu vergeben. Dies kann aber aufgrund der zunächst zu erstellenden Untersuchungen und des daraus resultierenden Umfangs erst nach Vorlage dieser Untersuchungen erfolgen. Dabei handelt es sich um Leistungen nach HOAI. Die Grundbedingungen der Vergütung werden durch diese Ausschreibung festgelegt.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2017/S 140-287643](#)
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 19/09/2017
Ortszeit: 10:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
Tag: 13/10/2017
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
- A) Der Auftraggeber wird für den Bieter dessen Angebot beauftragt werden soll, ggf. also für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, dritte Unternehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt der Justiz anfordern;
- B) Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlussstermin vorzulegen. Die ausschreibende Stelle behält sich vor, nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;
- C) Bewerber werden gebeten ihren Teilnahmeantrag in Form des ausgefüllten Musterantrags samt der notwendigen Anlagen (siehe www.vof.istw.de) vorzulegen. Hierdurch wird das Ausfüllen erleichtert und Fehler beim Antragsteller vermieden;
- D) Der Teilnahmeantrag muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die nachweislich – siehe III.1.1- berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber- / Bietergemeinschaften bestimmte Person);
- E) Alle Angaben des Antragstellers haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;
- F) Unterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinausgehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;
- G) Die Antragsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;

H) Die Antragsunterlagen sind mit der vorbereiteten Kennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen;

I) Die Antragsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben;

J) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an seitz@istw.de, angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf der Internetseite der Ausschreibung allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Interessenten dieselben Informationen / Grundlagen für ihre Antragstellung. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die E-Mail verwiesen. Interessenten haben sich daher selbstständig über den aktuellen Stand dieses Dokuments und der Informationen auf der Internetseite zu informieren.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstr. 17
Karlsruhe
76131
Deutschland
Telefon: +49 721926-0
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de
Fax: +49 721926-3985
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auszug aus: „Allgemeine Hinweise zur Anrufung der Vergabekammer“ der Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247 Karlsruhe vom 13.6.2016:

„Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag hin ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten durch Nichtbeachten von Vergabevorschriften geltend macht. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Kammer gerügt hat bzw., wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe /Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Der Nachprüfungsantrag soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Er ist unverzüglich zu begründen (§ 161 Abs.1 GWB).“.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstr. 17
Karlsruhe
76131
Deutschland
Telefon: +49 721926-0

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
18/08/2017